

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Demonstration

Am Antikriegstag auf die Straße!

Im 78. Jahr nach dem faschistischen deutschen Überfall auf Polen gehen wir am 1. September gemeinsam auf die Straße. Seit 60 Jahren wird am Antikriegstag, der auf eine Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbunds zurückgeht, an die Verbrechen des deutschen Faschismus und der Wehrmacht erinnert. Ein Jahr zuvor war Deutschland durch die Gründung der Bundeswehr wiederbewaffnet worden. Über 85% ihrer Offiziere waren zuvor in der verbrecherischen Wehrmacht aktiv.

Gedenken heißt für uns, sich einzumischen...

...gegen stattfindende und geplante deutsche Kriege und für die Rechte der Opfer. „*Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln*“ schrieb der Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz. So äußerte bei einem gemeinsamen Workshop von „Verteidigungsministerium“ und „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) zur Vorbereitung des Weißbuchs der Bundeswehr 2016 im Haus der Deutschen Wirtschaft der Präsident des BDI, Ulrich Grillo: „*Wir müssen uns vor einem Ernstfall darüber klar werden, in welchen Regionen wir ein Interesse an Stabilität und Sicherheit haben, damit wir auf Bedrohungen unserer politischen und ökonomischen (!) Interessen angemessen reagieren können*“.

Wir wehren uns gegen den Einsatz des Militärs für die Interessen der Wirtschaft!

Der Krieg in Afghanistan hat die Willkürherrschaft verfestigt

Das vorgegebene Ziel des Kriegseinsatzes, das Land zu demokratisieren, wurde innerhalb von 15 Jahren nicht erreicht. Stattdessen wurden Warlords und djihadistische Milizen gestärkt, die sich vor allem auf Clan-Strukturen stützen. Diese antidemokratischen Kräfte nehmen wichtige Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft ein. So verfestigt sich die brutale Willkürherrschaft. Davon profitiert auch das Kapital, denn Afghanistan ist „eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt“ (so die bundeseigene Germany Trade and Invest). Laut den von der WAZ-Mediengruppe veröffentlichten „Afghanistan-Papieren“ der Bundeswehr kann in Afghanistan schon seit Jahren nicht mehr von einer Friedensmission die Rede sein. Obwohl das Land also ein Kriegsgebiet ist, wozu Deutschland selbst einen großen Beitrag geleistet hat, schiebt die Regierung weiterhin Menschen als sogenannte „Kriminelle“ und „Gefährder“ in diese Region ab. Das ist Augenwischerei. Aktuell sind beispielsweise 70 Schülerinnen und Schüler in Offenbach von einer Abschiebung bedroht. Am 29.8. um 17 Uhr findet eine Gegendemonstration in Offenbach (Parkstraße) statt.

Keine Abschiebungen nach Afghanistan und in andere Kriegsgebiete.

Türkei: Waffenexporte und Flüchtlingsdeal

Die deutsche Bundesregierung genehmigte zwischen 2001 und 2012 Rüstungsexporte in die Türkei im Wert von fast zwei Milliarden Euro. Hier ist Deutschland Europameister. Nur elf Mal wurde eine Ausfuhrgenehmigung für Rüstungsgüter in die Türkei abgelehnt. Bewilligt wurden in 2017 bereits 54 Genehmigungen für 21,8 Mio. €. Durch deutsche Waffen werden somit der Krieg gegen die nationale Minderheit der Kurdinnen und Kurden und Einsätze an der Seite djihadistischer Gruppen in Syrien unterstützt. Hinzu kommt der schmutzige Deal, dass der Türkei für die Schließung der Fluchtrouten in die EU Milliarden € bezahlt werden. In Deutschland unterstützt die Bundesregierung die türkische Innenpolitik, indem sie die kurdische Bewegung kriminalisiert, so wurden z.B. einige ihre Symbole per Ermächtigung verboten.

Die militärische und politische Unterstützung der diktatorischen Regierung der Türkei muss beendet werden.

Produktion von Fluchtursachen in Äthiopien

In Äthiopien unterstützt die deutsche Regierung die (Bürger-) Kriege des äthiopischen Regimes, indem sie u.a. die Unterdrückung der größten nationalen Bevölkerungsgruppe, der Oromo, unterstützt. Unter dem Vorwand der „Friedenssicherung“ finanzieren Deutschland und die EU das autoritäre Regime mit Milliardenbeträgen und unterstützen die Ausbildung der dortigen polizeilichen und militärischen Kräfte. Waffen aus Deutschland verschärfen die brutale Repression gegen die Unterdrückten Äthopiens. Die Bewirtschaftung des Bodens wird bestimmt durch Knebelverträge und den Konsumbedürfnissen der Industriestaaten. Die Regierung stiehlt den Bauern ihr Land, das für diese Brot und Würde darstellt, und gibt es an große Agrarkonzerne weiter. Kaffee und Blumen stillen keinen Hunger, sondern rauben Wasser und Land. So produziert auch Deutschland in Äthiopien Fluchtursachen. Trotzdem wird seit dem Besuch von Angela Merkel im Oktober 2016 in diesem Land des Ausnahmezustands über ein sogenanntes „Rücknahmeabkommen“ verhandelt, welches nichts anderes als Abschiebung in Hunger, Repression, Folter, und Tod bedeuten würde.

Die nach Deutschland geflohenen Oromo und andere Menschen aus Äthiopien müssen als politische Flüchtlinge anerkannt werden. Schluss mit der Finanzierung der Unterdrückung und der Ausbeutung in Äthiopien!

Keine Militarisierung von (Hoch-)Schule und Gesellschaft

Die Bundeswehr nimmt mehr und mehr Einfluss auf die Schulen. Rüstungsindustrie und Militär greifen zunehmend auf die Forschung an Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zurück. Die Bundeswehr rekrutiert 17-jährige Jugendliche und ermöglicht Praktika für 14-jährige Schülerinnen und Schüler. Sie wirbt im öffentlichen Raum, bei Messen und auch beim Hessentag um Jugendliche. Die Jugend- und Werbeoffiziere werden auf Lehrgänge geschickt im ehemaligem Amt für psychologische Kampfführung. Zivile Einrichtungen wie DRK, DLRG oder THW werden durch Kooperationsverträge in die militärischen Konzepte eingebunden. Dies alles schafft schleichend Akzeptanz für die Militarisierung der Gesellschaft und die Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik.

Wir sind für die strikte Trennung des Militärischen vom Zivilen, z. B. durch wirksame Zivil- und Transparenzklauseln in Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

Aufrüstung ist Kriegsvorbereitung!

Die Bundeswehr soll auf- und umgerüstet werden, vor allem wegen der anwachsenden Konfrontation gegen Russland, an dessen Westgrenze heute wieder deutsche Truppen stehen. Darüber hinaus soll die weltweite Einsatzfähigkeit weiter erhöht werden. Laut einem im April von der FAZ in Teilen veröffentlichten Strategiepapier („Bühler-Papier“) aus dem Verteidigungsministerium sollen anstatt der geplanten 50 Mrd. nun 130 Mrd. Euro für neue Rüstungsgüter ausgegeben und die Freiwilligenstreitkraft auf 200.000 Soldatinnen und Soldaten aufgestockt werden. Zur schnelleren Erweiterung der Armee soll die Eingliederung von Aktiven des Reservistenverbandes sowie ausländischer Truppenteile in die deutschen Streitkräfte beschleunigt werden.

Wir treten ein für mehr Geld in Bildung und Infrastruktur (Jugendzentren, Bäder, Museen und Straßen) für Menschen anstelle von Waffen und Auslandseinsätze der Bundeswehr gegen Menschen.

Kein Einsatz der Bundeswehr im Innern

Vor 5 Jahren erlaubte das Bundesverfassungsgericht den Einsatz der Armee im Innern bei „*ungewöhnlichen Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes*“. Was das heißt ist nicht genauer definiert – daher ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Der DGB bezog am 14.07.2016 Position gegen den Bundeswehreininsatz im Innern „*als Konsequenz aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des zweiten Weltkriegs*“. Verfassungsrichter Reinhard Gaier schrieb in seinem Sondervotum: „*Im Schatten eines Arsenal militärischer Waffen kann freie Meinungsäußerung schwerlich gedeihen*“. Er sieht viel Spielraum für den Einsatz bei „*regierungskritischen Großdemonstrationen*“. Erst letztes Jahr wurden (noch) Polizistinnen und Polizisten gegen die Streikenden von Zumtobel bei Usingen eingesetzt. Bei Bundeswehrübungen zur Aufstandsbekämpfung tragen die Aufständischen Blaumänner.

Das ist der falsche Weg: Richten wir unseren Blick auf die Kriegsgefahren und Produzenten von Fluchtursachen, die von den Herrschenden im eigenen Land ausgehen. Nach dem Motto: Zuerst vor der eigenen Haustüre kehren.

Menschen statt Profit!

KOMMT ZUR DEMONSTRATION!

Wo? Luisenplatz Darmstadt Wann? 01. September 2017 13Uhr

Oromo Refugee Movement – Afghan Refugee Movement (angefragt) – Refugee welcome-Café Darmstadt - Lernfabriken meutern! Darmstadt – DGB Hochschulgruppe Darmstadt – DFG-VK Darmstadt – Bündnis gegen rechts Darmstadt – DGB Stadtverband Darmstadt – GEW Hochschulgruppe Darmstadt – DGB-Jugend Südhessen- Kein Mensch ist illegal Darmstadt- AGIS (Antirassistische Gruppe Internationale Solidarität)

